



Terrorismuswatch | #terrorism\_watch  
www.terrorismuswatch.de  
buero@terrorismuswatch.de



# TERRORISMUSBEKÄMPFUNG SALOMONEN

## **Rechtliche Grundlagen**

Das zentrale Rechtsinstrument der Terrorismusbekämpfung auf den Salomonen ist der Counter-Terrorism Act 2009 (Gesetz Nr. 12 von 2009), der am 17. Juli 2009 in Kraft trat. Das Gesetz dient der Verhinderung und Bekämpfung der Finanzierung, Vorbereitung, Erleichterung und Begehung terroristischer Handlungen und bildet damit die gesetzliche Grundlage des gesamten nationalen Terrorismusbekämpfungsrahmens.

### **Terrorismusdefinition und Straftatbestände**

Der Counter-Terrorism Act 2009 definiert eine terroristische Handlung als eine Handlung oder Bedrohung, die schwere körperliche Verletzungen, erhebliche Sachschäden, den Tod einer Person, eine ernsthafte Gefährdung des Lebens, ein erhebliches Risiko für die Gesundheit oder Sicherheit der Öffentlichkeit, einen Verstoß gegen eine internationale Terrorismuskonvention oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung beziehungsweise Zerstörung elektronischer Systeme – darunter Informations-, Telekommunikations-, Finanz-, Versorgungs- und Verkehrssysteme – verursacht.

Neben diesen objektiven Tatbestandsmerkmalen ist für die Einstufung als terroristische Handlung auch eine subjektive Komponente erforderlich. Die Handlung muss mit der Absicht begangen werden, eine politische, religiöse oder ideologische Zielsetzung zu fördern, eine Regierung oder internationale Organisation einzuschüchtern oder zu beeinflussen oder die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen.

Gleichzeitig enthält das Gesetz ausdrückliche Ausnahmeregelungen, die seinen rechtsstaatlichen Charakter

unterstreichen. Proteste, Meinungsäußerungen, Formen des Dissenses sowie Arbeitskampfmaßnahmen gelten nicht als terroristische Handlungen, sofern sie nicht die genannten schwerwiegenden Folgen verursachen. Ebenso sind Handlungen im Rahmen bewaffneter Konflikte von der Terrorismusdefinition ausgenommen, sofern sie im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht stehen.

Hinsichtlich des Strafrahmens sieht das Gesetz für die Begehung einer terroristischen Handlung die lebenslange Freiheitsstrafe vor. Für die Beherbergung eines Terroristen oder eines Mitglieds einer terroristischen Organisation sowie für die wissentliche Bereitstellung von Waffen oder tödlichen Geräten kann eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren verhängt werden. Darüber hinaus enthält der Counter-Terrorism Act 2009 weitere Straftatbestände, unter anderem die Terrorismusfinanzierung, die mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren geahndet wird, die Ausbildung für terroristische Zwecke, die Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation, die Rekrutierung für terroristische Organisationen sowie Geiselnahmen und Angriffe auf international geschützte Personen.

### **Verfassungsrechtliche Einbettung und ergänzende Gesetzgebung**

Die Verfassung der Salomonen von 1978 enthält keine spezifischen Regelungen zur Terrorismusbekämpfung, bildet jedoch den verfassungsrechtlichen Rahmen für die gesamte sicherheitsrelevante Gesetzgebung. Innerhalb dieses Rahmens bestehen zwei zentrale Rechtsgrundlagen: der Emergency Powers Act, der das Vorliegen eines formellen Kriegs- oder Notstands als Voraussetzung für seine

Anwendung verlangt, sowie der Preservation of Public Security Act (PPSA), der dem Generalgouverneur weitreichende Befugnisse einräumt, ohne dass hierfür eine parlamentarische Zustimmung erforderlich ist. Diese Konstruktion führt zu einer erheblichen Konzentration exekutiver Befugnisse ohne unmittelbare legislative Kontrolle und wird daher aus rechtsstaatlicher Sicht kritisch bewertet. Im Jahr 2007 wurde zudem diskutiert, den PPSA zur Bekämpfung innerstaatlicher Unruhen einzusetzen.

Ergänzend zum Counter-Terrorism Act 2009 wurden weitere gesetzliche Regelungen geschaffen, insbesondere im Bereich der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche. Hinzu kommen verschärfte Vorschriften zum Grenzschutz, insbesondere in den Bereichen Einwanderung, maritime Sicherheit und Luftverkehr.

Auf internationaler Ebene sind die Salomonen Vertragsstaat mehrerer zentraler Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Terrorismusbekämpfung, darunter das Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge von 1997, das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus von 1999 sowie das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen von 2005. Die nationale Gesetzgebung wurde entsprechend an diese internationalen Verpflichtungen angepasst. Gleichzeitig bleiben die institutionellen Kapazitäten des Landes zur vollständigen Umsetzung der Resolutionen 1267, 1373 und 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen begrenzt. Auf regionaler Ebene existiert bislang kein Terrorismusabkommen, dem die Salomonen beitreten könnten.

## Institutionelle Strukturen

Die ist die zentrale und zugleich einzige staatliche Sicherheitsbehörde der Salomonen. Da das Land über keine eigenen Streitkräfte verfügt, trägt die RSIPF eine erweiterte sicherheitspolitische Verantwortung, die weit über die klassische Polizeiarbeit hinausgeht. Sie übernimmt sowohl polizeiliche als auch sicherheitsrelevante Aufgaben und umfasst rund 1.500 Angehörige.

Innerhalb der RSIPF bestehen mehrere spezialisierte Einheiten mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Die SWAT-Einheit (Special Weapons and Tactics) ist für Hochrisikoeinsätze und die unmittelbare taktische Reaktion auf sicherheitsrelevante Vorfälle zuständig. Ihre Einsatzbereitschaft wurde zuletzt im September 2025 im Vorfeld des Pazifik-Inselforums öffentlich demonstriert.

Das Police Response Department fungiert als taktische Einsatzorganisation der RSIPF und ist für Hochrisikoooperationen sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit verantwortlich. In den vergangenen Jahren erhielt die Einheit durch australische Berater spezialisierte Ausbildungen in den Bereichen Führungsentwicklung, Nahbereichstaktik und mechanische Zugangstechniken.

Die Transnational Crime Unit wurde im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Australian Federal Police aufgebaut und konzentriert sich auf die Bekämpfung grenzüberschreitender, schwerer und organisierter Kriminalität.

Das International Affairs Department dient als zentrale Schnittstelle zu INTERPOL sowie zum regionalen Informationsaustausch mit internationalen Sicherheitsbehörden. Im Jahr 2025 wurde die Abteilung mit Unterstützung Australiens umfassend modernisiert.

Da auf den Salomonen kein eigenständiger Inlandsgeheimdienst nach westlichem Vorbild existiert, übernimmt die RSIPF Intelligence Unit die nachrichtendienstliche Informationsgewinnung und -auswertung. Die durch diese Einheit gewonnenen Erkenntnisse werden dem Nationalen Sicherheitsrat durch den Polizeikommissar der RSIPF vorgestellt.

Eine ausschließlich der Terrorismusbekämpfung gewidmete Spezialeinheit existiert innerhalb der RSIPF jedoch nicht. Terrorismusbezogene Aufgaben werden vielmehr von den bestehenden Spezialeinheiten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten wahrgenommen.

Die Entwicklung der RSIPF war in der Vergangenheit von erheblichen institutionellen Krisen geprägt. Während der ethnischen Spannungen zwischen 1998 und 2003 brach die Polizeistruktur weitgehend zusammen, wobei einzelne Polizeibeamte selbst als Angehörige bewaffneter Milizen auftraten. Aufgrund dieser Ereignisse besteht in Teilen der Bevölkerung bis heute ein erhebliches Misstrauen gegenüber der RSIPF.

#### Nationales Sicherheitskomitee und Ministerium

Das Nationale Sicherheitskomitee wird vom Premierminister geleitet. Zu den ordentlichen Mitgliedern gehören der stellvertretende Premierminister, der Außenminister, der

Finanzminister, der Minister für Polizei und nationale Sicherheit sowie der Minister für Provinzregierung. Der Nationale Sicherheitsberater des Premierministers und der Generalstaatsanwalt nehmen beratende Funktionen wahr.

Für die nationale Sicherheitspolitik ist das Ministry of Police, National Security and Correctional Services zuständig. Für den Zeitraum 2025 bis 2028 verabschiedete das Ministerium einen strategischen Entwicklungsplan mit acht zentralen Prioritäten. Dazu zählen unter anderem die Stärkung der Grenz- und maritimen Sicherheit, die Verbesserung der nationalen Sicherheitskoordination sowie der Umgang mit nicht detonierten Kampfmitteln und weiteren neu entstehenden Sicherheitsrisiken.

#### Financial Intelligence Unit

Die Financial Intelligence Unit (FIU) wurde im Rahmen der Regional Assistance Mission to Solomon Islands (RAMSI) mit Unterstützung australischer Berater aufgebaut. Ziel war es, die institutionellen Voraussetzungen für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäsche zu schaffen sowie entsprechende Analyse- und Kontrollsysteme zu etablieren.

Heute ist die FIU eine eigenständige staatliche Behörde innerhalb des salomonischen Staatsapparates und übernimmt eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

## Nationale Strategien und Programme zur Prävention

Die National Security Strategy 2025 bildet das übergeordnete strategische Rahmenwerk der salomonischen Sicherheitspolitik. Sie verfolgt fünf zentrale strategische Ziele. Erstens soll die nationale Souveränität und territoriale Integrität durch die Stärkung des Grenzschutzes sowie der maritimen Sicherheit gewährleistet werden. Zweitens zielt die Strategie auf die Förderung und den Schutz der inneren Sicherheit sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Umsetzung des Townsville-Friedensabkommens und den Ausbau des Community Policing ab. Drittens soll die menschliche Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung gestärkt werden. Viertens steht die Verbesserung der nationalen Governance sowie der institutionellen Rahmenbedingungen im Mittelpunkt. Fünftens verfolgt die Strategie das Ziel, die Resilienz des Landes gegenüber externen Bedrohungen und ausländischen Einflussnahmen zu erhöhen.

Gleichzeitig stuft die National Security Strategy 2025 einen Terroranschlag auf salomonischem Staatsgebiet ausdrücklich als derzeit eher entfernte Bedrohung ein. Stattdessen konzentriert sich die Strategie auf ein breiteres Sicherheitsverständnis, das neben klassischen Sicherheitsrisiken auch gesellschaftliche und strukturelle Herausforderungen berücksichtigt.

Inhaltlich orientiert sich die Strategie an der Boe Declaration des Pacific Islands Forum aus dem Jahr 2018. Diese verfolgt einen umfassenden Sicherheitsansatz, der neben der

Terrorismusbekämpfung unter anderem den Klimawandel, transnationale Kriminalität sowie die menschliche Sicherheit als wesentliche Bestandteile regionaler Sicherheit einbezieht.

### Prävention und Deradikalisierung

Strukturierte nationale Deradikalisierungsprogramme nach dem Vorbild westlicher Countering Violent Extremism (CVE)-Programme existieren auf den Salomonen bislang nicht. Die National Security Strategy 2025 setzt stattdessen auf die Bekämpfung struktureller Ursachen von Unsicherheit. Hierzu zählen insbesondere Armut, Arbeitslosigkeit sowie ein eingeschränkter Zugang zu Bildung. Diese Maßnahmen dienen zwar nicht unmittelbar der Terrorismusbekämpfung, leisten jedoch einen indirekten Beitrag zur Verhinderung möglicher Radikalisierungsprozesse.

Die Präventionsarbeit erfolgt in erster Linie durch den Ansatz des Community Policing, der traditionelle Konfliktlösungsmechanismen mit moderner Polizeiarbeit verbindet. Dabei werden traditionelle Stammesstrukturen und Häuptlingsräte gezielt als informelle Mechanismen der Konfliktregulierung und Streitbeilegung eingebunden und gestärkt.

Darüber hinaus hebt die Strategie die Bedeutung von Versöhnungsinitiativen zur Umsetzung des Townsville-Friedensabkommens hervor. Gemeinschaftsbasierte Aussöhnungsprozesse sollen dazu beitragen, die bis heute bestehenden Spannungen aus den ethnischen Unruhen der frühen 2000er Jahre nachhaltig abzubauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Ergänzend hierzu werden verschiedene sozioökonomische Maßnahmen verfolgt. Insbesondere Landreformen sowie Entschädigungsregelungen sollen strukturelle Ursachen früherer Konflikte beseitigen und dadurch langfristig zur Stabilisierung des Landes beitragen.

Darüber hinaus hat das Ministry of Police, National Security and Correctional Services den Schutz der Menschenrechte für den Zeitraum 2025 bis 2028 als eigenständige strategische Priorität festgelegt. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Schutz marginalisierter und besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen. Auch diese Maßnahmen tragen mittelbar zur Stärkung der gesellschaftlichen Stabilität und damit zur Prävention extremistischer Entwicklungen bei.

## **Internationale Zusammenarbeit**

### **Australien**

Australien ist der wichtigste sicherheitspolitische Partner der Salomonen. Die bilaterale Sicherheitskooperation basiert auf dem Bilateral Security Treaty von 2017, der das frühere RAMSI-Abkommen ablöste und bis heute die rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit bildet.

Kernstück der polizeilichen Kooperation ist das RSIPF–AFP Policing Partnership Program, das Ausbildungsmaßnahmen, Infrastrukturunterstützung sowie operative Beratung für die Royal Solomon Islands Police Force (RSIPF) umfasst. Ziel des Programms ist es, die Fähigkeiten der salomonischen Polizei nachhaltig auszubauen und ihre Einsatzfähigkeit langfristig zu stärken.

Im Jahr 2024 sagte Australien den Salomonen ein Sicherheitspaket in Höhe von 190 Millionen australischen Dollar zu. Die Mittel sollen innerhalb des kommenden Jahrzehnts für den personellen und materiellen Ausbau der RSIPF eingesetzt werden. Darüber hinaus stellte die Australian Federal Police der RSIPF moderne forensische Ausrüstung, Software für digitale Forensik sowie persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung.

Ergänzt wird die Zusammenarbeit durch langfristige Programme wie das Defence Cooperation Program und das Pacific Maritime Security Program, die insbesondere die maritime Sicherheit, die Kampfmittelbeseitigung, den Katastrophenschutz sowie den Ausbau sicherheitsrelevanter Infrastruktur fördern.

Im Juni 2026 kündigte der neue Premierminister Matthew Wale nach einem Besuch in Canberra an, eine umfassende bilaterale strategische Partnerschaft mit Australien auszuhandeln. Ziel dieser Partnerschaft ist eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit sowohl im Sicherheitsbereich als auch in wirtschaftlichen Fragen.

Bereits ab 2001 führte der australische Inlandsgeheimdienst ASIO gemeinsam mit der Australian Federal Police kleinere Ausbildungsprogramme zur Terrorismusbekämpfung in mehreren melanesischen Staaten durch. Auch die Salomonen profitierten von diesen Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau.

### **China**

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den Salomonen und der Volksrepublik China intensivierte sich nach der Unterzeichnung eines bilateralen

Sicherheitsabkommens im März 2022. Der vollständige Wortlaut des Abkommens wurde bis heute nicht veröffentlicht.

Das Abkommen ermöglicht es der Regierung der Salomonen, chinesische Polizeikräfte und Militärpersonal zum Schutz chinesischer Staatsangehöriger sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung anzufordern. Darüber hinaus erlaubt es chinesischen Schiffen, Versorgungsstopps auf den Salomonen einzulegen.

Die chinesische Unterstützung für die RSIPF umfasst sowohl Ausbildungsmaßnahmen als auch umfangreiche Ausrüstungslieferungen. Hierzu zählen mehr als fünfzig Fahrzeuge, darunter zwei Wasserwerfer, dreißig Motorräder sowie eine Ausrüstungsspende im Wert von rund zwei Millionen salomonischen Dollar, die im September 2025 übergeben wurde. Zusätzlich absolvierten im Oktober 2022 insgesamt 32 Offiziere der RSIPF ein einmonatiges Ausbildungsprogramm in China.

Im Jahr 2025 begannen Angehörige des chinesischen Ministeriums für öffentliche Sicherheit mit der Umsetzung eines lokalen Pilotprojekts auf Grundlage der sogenannten Fengqiao-Erfahrung. Nach kritischen Reaktionen innerhalb der Bevölkerung und Bedenken hinsichtlich einer möglichen Massenüberwachung wurde das Pilotprojekt jedoch wieder ausgesetzt.

Die chinesische Sicherheitskooperation stieß sowohl innerhalb der Region als auch international auf erhebliche Kritik. Insbesondere wurden Befürchtungen geäußert, das Abkommen könne langfristig eine militärische Präsenz Chinas im Pazifik ermöglichen. Vor diesem Hintergrund kündigte Premierminister Matthew Wale im Juni 2026 an, das

Sicherheitsabkommen überprüfen zu lassen. Gleichzeitig sprach er sich für eine ausgewogenere Balance der internationalen Sicherheitspartnerschaften der Salomonen aus.

### **Neuseeland und weitere Partner**

Auch Neuseeland zählt zu den wichtigen Sicherheitspartnern der Salomonen. Im Rahmen des Solomon Islands Policing Support Programme stellte Neuseeland Ausbilder vor Ort zur Verfügung und beteiligte sich zwischen 2021 und 2024 an den internationalen Unterstützungsmissionen.

Die Vereinigten Staaten unterstützen die RSIPF insbesondere durch Ausbildungs- und Austauschprogramme. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Kampfmittelbeseitigung sowie dem Aufbau entsprechender fachlicher Kapazitäten.

Japan engagiert sich vor allem im Bereich der maritimen Sicherheitskooperation. Die Zusammenarbeit wurde zuletzt jedoch durch politische Spannungen im Zusammenhang mit der Einleitung von behandeltem Fukushima-Abwasser erschwert.

### **Regionale und multilaterale Zusammenarbeit**

Das Pacific Islands Forum bildet den wichtigsten multilateralen Rahmen für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Pazifikraum.

Über das Pacific Transnational Crime Coordination Centre in Samoa tauscht die RSIPF sicherheitsrelevante Informationen mit anderen pazifischen Staaten aus. Ergänzend dazu dient das Pacific Transnational Crime Network der Verbesserung des regionalen Informationsaustauschs sowie der Stärkung

kriminalpolizeilicher Erkenntnisse und Ermittlungsfähigkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität.

Auf internationaler Ebene sind die Salomonen durch die Resolutionen 1267, 1373 und 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verpflichtet, Maßnahmen gegen Terrorismusfinanzierung sowie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen umzusetzen.

## **Bedeutende Sicherheitsoperationen**

Die bedeutendste Sicherheitsoperation in der Geschichte der Salomonen war die Regional Assistance Mission to Solomon Islands (RAMSI). Die Mission begann am 24. Juli 2003 mit der Entsendung eines internationalen Sicherheitskontingents aus rund 2.200 Polizei- und Militärangehörigen unter australischer Führung. Während der gesamten Einsatzdauer wurden insgesamt etwa 7.270 australische Einsatzkräfte auf die Salomonen entsandt. Darüber hinaus beteiligten sich fünfzehn Staaten unter dem Dach des Pacific Islands Forum an der Mission.

Das erste zentrale operative Ziel von RAMSI bestand in der Entwaffnung der bewaffneten Milizen. Im Rahmen dieser Maßnahmen sammelte und vernichtete die Mission rund 2.627 Schusswaffen sowie 6.561 Munitionseinheiten. Zusätzlich wurden während einer landesweiten Waffenamnestie insgesamt 3.730 Waffen abgegeben, darunter rund 700 Waffen militärischer Bauart sowie mehr als 300.000 Schuss Munition. Die sichergestellten Waffen und Munitionsbestände

wurden anschließend öffentlich zerstört. Die militärische Unterstützungskomponente von RAMSI ermöglichte es der Polizei darüber hinaus, dreizehn erfolgreiche Verhaftungsoperationen durchzuführen.

Im Verlauf der Mission wurden zudem zwei bedeutende Einzeloperationen durchgeführt. Am 13. August 2003 ergab sich der Milizenführer Harold Keke friedlich dem RAMSI-Sonderkoordinator Nick Warner sowie dem Kommandeur der Participating Police Force, Ben McDevitt. Wenige Monate später, am 15. Oktober 2003, wurde der Anführer der Malaitan Eagle Force, Jimmy „Rasta“ Lusibaea, festgenommen.

Neben den unmittelbaren Sicherheitsmaßnahmen verfolgte RAMSI auch langfristige Stabilisierungsziele. Als zweiter strategischer Schwerpunkt wurden ein verbessertes Landmanagement auf Guadalcanal sowie Entschädigungszahlungen zur Bewältigung der beiden Hauptursachen der ethnischen Spannungen umgesetzt. Darüber hinaus unterstützte RAMSI den Aufbau der Financial Intelligence Unit (FIU) und schuf damit die institutionellen Grundlagen für die spätere Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäsche.

Trotz der insgesamt positiven Bilanz wurden im Verlauf der Mission auch strukturelle Schwächen deutlich. Der damalige Kommandeur der Combined Task Force stellte fest, dass bei den Versuchen, hochrangige Kriminelle im Jahr 2003 festzunehmen, erhebliche Defizite im Informationsaustausch zwischen Polizei und Militär bestanden. Dadurch blieb nur wenig Zeit für gemeinsame Lagebesprechungen, Übungen und die Vorbereitung der Polizei auf potenziell gefährliche

interinstitutionelle Einsätze. Diese Defizite verdeutlichten die Bedeutung einer funktionierenden Koordination zwischen den Sicherheitsbehörden für den Erfolg komplexer Sicherheitsoperationen.

### **Solomon Islands International Assistance Force (SIAF, 2021–2024)**

Der bilaterale Sicherheitsvertrag zwischen Australien und den Salomonen aus dem Jahr 2017 wurde erstmals im November 2021 aktiviert. Anlass waren schwere zivile Unruhen, infolge derer im Rahmen der Solomon Islands International Assistance Force (SIAF) australische Polizei-, Verteidigungs- und Diplomatiekräfte auf die Salomonen entsandt wurden.

Bis zum Jahr 2024 beteiligten sich mehr als 1.600 australische Einsatzkräfte an der SIAF. Unterstützt wurde Australien dabei von Sicherheitskräften aus Fidschi, Papua-Neuguinea und Neuseeland. Ziel der Mission war die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, die Stabilisierung der Sicherheitslage sowie die Unterstützung der salomonischen Behörden bei der Bewältigung der Unruhen.

Im Unterschied zur RAMSI war die SIAF als zeitlich begrenzte Unterstützungsmission konzipiert. Sie konzentrierte sich in erster Linie auf die Stabilisierung der inneren Sicherheitslage und die Unterstützung der nationalen Sicherheitskräfte, ohne umfassende institutionelle Reformen wie während der RAMSI-Mission anzustreben.

## **Gesellschaftliche und menschenrechtliche Kritikpunkte**

### **Exekutive Machtkonzentration**

Ein zentraler Kritikpunkt betrifft die weitreichenden Befugnisse des Preservation of Public Security Act (PPSA). Das Gesetz ermächtigt den Generalgouverneur, umfangreiche Notstandsbefugnisse auszuüben, ohne dass hierfür eine parlamentarische Zustimmung oder Kontrolle erforderlich ist. Diese Konstruktion führt zu einer erheblichen Konzentration exekutiver Macht und steht daher in einem Spannungsverhältnis zu rechtsstaatlichen Grundprinzipien wie der Gewaltenteilung und der demokratischen Kontrolle staatlichen Handelns.

### **Intransparenz des Sicherheitsabkommens mit China**

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt betrifft die mangelnde Transparenz des Sicherheitsabkommens zwischen den Salomonen und der Volksrepublik China. Auch drei Jahre nach seiner Unterzeichnung ist der vollständige Vertragstext nicht öffentlich zugänglich.

Der neue Premierminister Matthew Wale erklärte im Juni 2026, dass ihm das Abkommen erst nach seinem Amtsantritt vollständig vorgelegen habe und dieses eine Geheimhaltungsklausel enthalte. Bereits als Oppositionsführer hatte Wale das Abkommen als kontraproduktiv für die Sicherheitsinteressen der Salomonen sowie der gesamten Pazifikregion bezeichnet. Die fehlende Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit wurde sowohl innerhalb des Landes als auch international als erheblicher Mangel an demokratischer Kontrolle kritisiert.

## **Überwachung und bürgerliche Freiheiten**

Auch die zunehmende sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit China hat Bedenken hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre und der bürgerlichen Freiheiten ausgelöst.

Im August 2022 erhielten die Salomonen einen Kredit in Höhe von 66 Millionen US-Dollar aus China, der dem Telekommunikationsunternehmen Huawei den Bau von 161 Mobilfunktürmen ermöglichte. Dadurch erhielt Huawei die Möglichkeit, seine Präsenz und seinen Einfluss auf die Telekommunikationsinfrastruktur des Landes erheblich auszubauen.

Darüber hinaus berichteten verschiedene Quellen, dass chinesische Polizeikräfte auf den Salomonen Fingerabdrücke der Bevölkerung erfassten und Einwohner aufforderten, umfangreiche Haushaltsdaten bereitzustellen. Kritiker, darunter der ehemalige Abgeordnete und heutige Planungsminister Peter Kenilorea Junior, bewerteten diese Maßnahmen als erheblichen Eingriff in die Privatsphäre und verglichen sie mit historischen Überwachungssystemen.

Zusammen mit dem im Jahr 2025 ausgesetzten Fengqiao-Pilotprogramm verstärken diese Entwicklungen die Befürchtungen, dass Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und politische Freiheitsrechte der Bevölkerung langfristig eingeschränkt werden könnten.

Geheimdienstkoordination und institutionelle Defizite

Weitere Kritik richtet sich gegen die institutionellen Defizite im Bereich der Sicherheits- und Geheimdienstkoordination. Bereits während der RAMSI-Mission wurden erhebliche Schwächen beim Informationsaustausch zwischen Polizei und

Militär deutlich, die sich insbesondere bei der Planung gemeinsamer Einsätze negativ auswirkten.

Hinzu kommt, dass auf den Salomonen kein eigenständiger Inlandsgeheimdienst besteht. Die entsprechenden Aufgaben werden von der Intelligence Unit der RSIPF wahrgenommen. Diese institutionelle Struktur kann die frühzeitige Erkennung terroristischer Bedrohungen sowie die koordinierte Analyse sicherheitsrelevanter Informationen erschweren und stellt daher eine strukturelle Herausforderung für die Terrorismusbekämpfung dar.

## **Souveränität und externe Abhängigkeit**

Auch die starke Abhängigkeit der Salomonen von ausländischer Sicherheitsunterstützung wird kritisch bewertet. Obwohl die zehnjährige RAMSI-Mission wesentlich zur Stabilisierung des Landes beitrug, blieben nach ihrem Abschluss erhebliche strukturelle Herausforderungen bestehen.

Hinzu kommt, dass heute sowohl Australien als auch China sicherheitspolitisch auf den Salomonen engagiert sind. Die parallele Zusammenarbeit mit beiden Staaten birgt das Risiko unterschiedlicher Ausbildungsstandards, Ausrüstungskonzepte und sicherheitspolitischer Zielvorstellungen. Dadurch können Koordinationsprobleme sowie Inkohärenzen innerhalb der Sicherheitsstrukturen entstehen.

Um dieser Abhängigkeit langfristig entgegenzuwirken, verfolgen die Salomonen ein dreistufiges Sicherheitskonzept. Dieses sieht zunächst eine Stärkung der eigenen RSIPF vor, anschließend die Unterstützung durch melanesische

Partnerstaaten und schließlich – sofern erforderlich – die Hilfe weiterer Pazifikstaaten. Dennoch bleibt das Land in erheblichem Maße auf externe Unterstützung angewiesen. Diese fortdauernde Abhängigkeit wirft Fragen hinsichtlich der langfristigen sicherheitspolitischen Eigenständigkeit und Souveränität der Salomonen auf.

### **Justizielle Strukturdefizite**

Ein weiteres menschenrechtliches Problem stellen die begrenzten Kapazitäten des Justizwesens dar. Aufgrund personeller und institutioneller Engpässe kommt es regelmäßig zu langen Untersuchungshaftzeiten, wodurch rechtsstaatliche Garantien erheblich beeinträchtigt werden können.

Diese strukturellen Defizite werden zusätzlich durch mangelnde Transparenz und Korruptionsprobleme verstärkt. Dadurch wird das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Sicherheits- und Justizinstitutionen geschwächt. Gleichzeitig entsteht ein indirektes Sicherheitsrisiko, da eine nur eingeschränkt funktionierende Rechtsstaatlichkeit kriminellen Netzwerken größere Handlungsspielräume eröffnen kann.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

# SALOMONEN



terrorismuswatch



Terrorismuswatch | #terrorism\_watch  
[www.terrorismuswatch.de](http://www.terrorismuswatch.de)  
[buero@terrorismuswatch.de](mailto:buero@terrorismuswatch.de)